



## Bekanntmachung der Gemeinde Lindlar

### Innenbereichssatzung Bonnersüng, III. Änderung

#### Aufstellungsbeschluss

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss hat am 07.12.2011 den Aufstellungsbeschluss zu der Änderung der Innenbereichssatzung Bonnersüng gefasst.

Der Geltungsbereich der geplanten Änderung ist in dem beigefügten Übersichtsplan kenntlich gemacht. (@ Geobasisdaten: Vermessungs- und Katasteramt Gummersbach)

Mit der Änderung der Innenbereichssatzung ist eine Erweiterung der überbaubaren Fläche geplant.

#### Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB:

Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt durch Auslegung der Planung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

Der Auslegung des Entwurfes der Änderung der Innenbereichssatzung Bonnersüng, einschließlich Begründung, erfolgt im Fachbereich Bauen – Planen – Umwelt der Gemeinde Lindlar, 51789 Lindlar, Borromäusstraße1, in der Zeit

**vom 13.02.2012 bis einschließlich 13.03.2012**

zu folgenden Zeiten:

Di., Mi. und Do.:	8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Mo.:	8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Fr.:	8.00 Uhr bis 12.00 Uhr

#### Umweltbezogene Informationen

Umweltbezogene Informationen liegen nicht vor.

Es wird keine Umweltprüfung durchgeführt und ein Umweltbericht wird nicht erstellt.

**Hinweise:**

Auskünfte und Erläuterungen erhalten Sie im Fachbereich Bauen - Planen - Umwelt der Gemeinde Lindlar, Herr Kappe, Tel. 02266 96300, E-Mail: [Guenther.Kappe@Lindlar.de](mailto:Guenther.Kappe@Lindlar.de), Borromäusstraße 1, 51789 Lindlar.

Während der Auslegungszeit können Stellungnahmen schriftlich an den Bürgermeister, Borromäusstraße 1, 51789 Lindlar gerichtet oder zur Niederschrift im Fachbereich Bauen – Planen – Umwelt der Gemeinde Lindlar vorgebracht werden.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung zu der Innenbereichssatzung unberücksichtigt bleiben.

Über die Berücksichtigung der fristgerecht vorgebrachten Stellungnahmen entscheidet der Rat der Gemeinde Lindlar.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 47 Abs. 2a VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) ein Antrag vor dem Oberverwaltungsgericht (Normenkontrolle), der einen Bebauungsplan oder eine Satzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3 oder § 35 Abs. 6 BauGB zum Gegenstand hat, unzulässig ist, wenn Einwendungen nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Lindlar, den 19.01.2012

Im Auftrag



Günther Kappe

aufgehängt am:.....

abgehängt am:.....

bestätigt .....

